

Anlage 2.

Verzeichniß der an den 41. Rheinischen

Laufende Nr.	Antragsteller.	Inhalt.
1	Taubstummenlehrer der Rheinprovinz	bitten 1. um ein Gehalt, das nicht hinter dem Gehalte von Westfalen, Hessen-Rassau, bezw. dem Durchschnittsgehalt der Taubstummenlehrer in Preußen zurücksteht, 2. um Anrechnung der Dienstjahre im Taubstummendienste, 3. um Beginn der neuen Gehaltsordnung vom 1. April des Jahres 1898 ab.
2	Landesbauinspektoren der Rheinprovinz	beantragen Aufbesserung ihrer Gehälter unter Anrechnung der bisherigen Dienstzeit als Bauinspektor und mindestens volle Gleichstellung der Provinzialmit den Staats-Beamtenbefoldungen hinsichtlich der Landesbauinspektoren in der Rheinprovinz.
3	Straßenmeister der Rheinprovinz	bitten um anderweite Regelung ihres Dienst Einkommens sowie ihrer Anstellungs- und Pensionsverhältnisse.
4	Geheimer Kommerzienrath Heinrich Lueg in Düsseldorf Namens der großen industriellen Vereine der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Vereins deutscher Eisenhüttenleute und des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.	beantragt die Bewilligung einer Summe von 100 000 M. als Beitrag zu den Kosten der für das Jahr 1902 in Düsseldorf geplanten Gewerbeausstellung für Rheinland, Westfalen und benachbarte Bezirke, verbunden mit einer deutsch-nationalen Kunstausstellung.

Provinziallandtag gerichteten Petitionen.

Bemerkungen.	Fachkommission.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 29./30. November 1898 beschlossen, dem Provinziallandtage vorzuschlagen, die Petition der Taubstummenlehrer und die Bewilligung der in den Druckfachen. Nr. 3 und Nr. 41 vom Provinzialausschuße für diese Lehrer in Vorschlag gebrachten Gehälter für erledigt zu erklären.	I A.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 10./11. Januar 1899 beschlossen, dem Provinziallandtage zu empfehlen, den Antrag durch die Beschlüsse über die Befoldungsvorlage (Druckfachen. Nr. 3) und die in der Anlage zu dieser Vorlage (Druckfachen. Nr. 42) gemachten Gehaltsvorschlüge für die bereits angestellten Landes-Bauinspektoren als erledigt zu erklären.	I A.
Der Provinzialausschuß hat bei der Berathung der Vorlage über die anderweite Regelung der Befoldungsverhältnisse der Beamten des Provinzialverbandes (Druckfachen. Nr. 3) beschlossen, dem Provinziallandtage mit Rücksicht auf die vorgeschlagene Aufbesserung der Gehälter der Straßenmeister Ablehnung zu empfehlen.	I A.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 10./11. Januar 1899 einstimmig beschlossen, den Antrag dem Provinziallandtage befürwortend vorzulegen.	I B.

Lan- fende Nr.	Antragsteller.	Inhalt.
5	Der Vorstand des Vereins für das Notariat in Rheinpreußen	ersucht um Abgabe eines Votums, worin der Provinziallandtag Namens der Rheinprovinz den Wunsch auspricht: „daß bis zur Schaffung deutscher Rechtseinheit auf dem Gebiete der Notariatsfrage der bisherige rheinischrechtliche status quo bezüglich der Kompetenz der Notare und bezüglich der bestehenden gesetzlichen Einschränkung der Beurkundungszuständigkeit der Amtsgerichte für die Rheinlande aufrecht erhalten wird.“
6	Oberbürgermeister zu Barmen	beantragt eine jährliche Beihilfe von 20 000 M. zur Unterhaltung der in Barmen zu errichtenden Webeschule.
7	Kuratorium und Direktor der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen	beantragen die Bewilligung eines feststehenden jährlichen Beitrages zur Ermöglichung der Gründung eines Stipendienfonds für unbemittelte Kunstgewerbeschüler.
8	Seminar-Musiklehrer Karl Veder zu Remscheid	beantragt eine Beihilfe zu den Kosten der Drucklegung des II. Bandes der Rheinischen Volkslieder.
9	Gemeinde Schlebusch und Odenthal	beantragen Uebernahme der Straße von Schlebusch nach Odenthal in die Unterhaltung und Verwaltung des Provinzialverbandes.
10	Eilmann Bönninger in Hüls	sendet eine von 400 Landwirthen aus den Kreisen Reuß, Krefeld, Gladbach, Kempen, Mors und Geldern einstimmig beschlossene Resolution: „Die Versammlung der vereinigten Landwirthe der Kreise Reuß, Kempen, Krefeld, Gladbach, Mors, Geldern erklärt es für eine Nothwendigkeit, daß in der Rheinprovinz eine Landwirtschaftskammer eingeführt werde, und richtet an das hohe Haus des Provinziallandtags die sehr ergebene Bitte, dementsprechend zu beschließen.“
11	Präsidium des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen	beantragt die gleichzeitige Errichtung von wenigstens zwei Weinbauerschulen, eine für das Weinbaugebiet des Unter rheins und der Ahr, die andere für das Weinbaugebiet des Ober rheins und der Rahr.
12	Königlicher Oberst j. D. von Wiese zu Aachen	beantragt käufliche Uebernahme der vom Petenten begründeten „gemeinnützigen Anlagen zu Sourbrodt“.

Bemerkungen.	Fachkommission.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 28. Januar 1899 beschlossen, dem Provinziallandtage zu empfehlen, er wolle den Provinzialausschuß beauftragen, im Sinne des beantragten Votums für Aufrechterhaltung des rheinischrechtlichen status quo bezüglich der Kompetenz der Notare und bezüglich der bestehenden gesetzlichen Einschränkung der Beurkundungszuständigkeit der Amtsgerichte für die Rheinlande vorstellig zu werden.	I B.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 10./11. Januar 1899 beschlossen, den Antrag dem Provinziallandtag mit ablehnendem Votum vorzulegen.	I B.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 28. Januar 1899 beschlossen, die Petition dem Provinziallandtag mit ablehnendem Votum vorzulegen.	I B.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 10./11. Januar 1899 beschlossen, dem Provinziallandtag Ablehnung vorzuschlagen.	I B.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 28. Januar 1899 beschlossen, mit Rücksicht auf die Verhandlungen in derselben Angelegenheit im 40. Provinziallandtage Ablehnung zu empfehlen, da sich die Verhältnisse seitdem nicht geändert haben.	III A.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 28. Januar 1899 beschlossen, dem Provinziallandtage zu empfehlen, die Petition gemeinsam mit der denselben Gegenstand betreffenden Vorlage zu beraten.	III B.
Zur Sache hat der Provinzialausschuß in der Sitzung vom 29. November 1898 einen Bericht an den Provinziallandtag festgestellt (Drucksachen. Nr. 32), in welchem die Errichtung einer Weinbauerschule beantragt und dem Provinziallandtag die Bestimmung des Sitzes der Schule überlassen wird.	III B.
Der Provinzialausschuß hat in der Sitzung vom 28. Januar 1899 beschlossen, die Petition dem Provinziallandtage mit ablehnendem Votum vorzulegen.	III B.